ohne die zuständige Konfliktkommission näher zu bestimmen. Zugleich übte das Kreisgericht gegenüber der BGL der Verklagten Gerichtskritik wegen „ungesetzlicher — sich Rechte anmaßender Praxis“, weil sie dem Kläger den Hinweis gegeben hatte, seine Forderung unmittelbar beim Kreisgericht geltend zu machen.

Gegen den Verweisungsbeschuß des Kreisgerichts richtet sich der Kassationsantrag des Direktors des Bezirksgerichts. In ihm wird ausgeführt, daß das Kreisgericht ungenügend geprüft habe, ob es für die Forderung des Klägers eine zuständige Konfliktkommission bei der Verklagten gibt. Die Zuständigkeit einer Konfliktkommission könne weder durch das Kreisgericht noch durch eine BGL bestimmt werden.

Der Antrag hatte Erfolg.

Aus den G r ü n d e n :

Zu der in diesem Verfahren bedeutsamen Frage nach der örtlichen Zuständigkeit der Konfliktkommissionen geben weder die Konfliktkommissionsordnung noch Leitungsdokumente des Obersten Gerichts eine direkte Antwort.

Nach § 6 Abs. 1 GGG und § 2 KKO werden die Mitglieder der Konfliktkommissionen auf die Dauer von zwei Jahren nach den Grundsätzen der Gewerkschaftswahlen gewählt. Nach § 1 Abs. 2 KKO soll der Tätigkeitsbereich einer Konfliktkommission nicht mehr als 300 Betriebsangehörige umfassen. Daraus folgt, daß in größeren Betrieben — so auch bei der Verklagten — mehrere Konfliktkommissionen, die jeweils für einen abgegrenzten Bereich zuständig sind, von den zu diesem Bereich gehörenden Betriebsangehörigen gewählt werden.

Für die Klärung eines Arbeitsstreitfalls ist es daher nicht möglich, daß irgendeine im Betrieb bestehende Konfliktkommission tätig wird. Die örtliche Zuständigkeit einer Konfliktkommission für die Beratung und Entscheidung eines Arbeitsstreitfalls bestimmt sich danach, ob der Werk tätige Mitarbeiter des Bereichs ist oder war, für den die Konfliktkommission gebildet wurde.

Werden infolge Umprofilierung eines Betriebes ein Bereich und mit ihm die zuständige Konfliktkommission aufgelöst, dann wird für die Werk tätigen, die vor oder im Zuge der Umprofilierung aus dem Betrieb ausgeschieden sind, nicht ohne weiteres eine andere Konfliktkommission des Betriebes zuständig. Im vorliegenden Arbeitsstreitfall ist die Entscheidung des Kreisgerichts widersprüchlich, da es das Problem der örtlichen Zuständigkeit wohl erkannt hat, aber nicht den Versuch unternahm, es zufriedenstellend zu lösen. Das kommt darin zum Ausdruck, daß dem Kreisgericht das Bestehen mehrerer Konfliktkommissionen bei der Verklagten bekannt ist, im Verweisungsbeschuß jedoch nicht konkret bestimmt wird, welche Konfliktkommission nunmehr über den Streitfall beraten soll. Das Kreisgericht entledigte sich seiner Verantwortung, indem es den Streitfall an das z u s t ä n d i g e gesellschaftliche Gericht beim Verklagten verwies.

Sowohl aus dem Schreiben der BGL der Verklagten vom April 1971 als auch aus einer Stellungnahme des Zentralvorstands der zuständigen Industriegewerkschaft ergibt sich, daß sowohl der Bereich, in dem der Kläger zuletzt tätig war, als auch die für diesen Bereich gebildete Konfliktkommission aufgelöst worden sind. Ein anderer Bereich des Betriebes hat die Aufgaben des aufgelösten Bereichs nicht übernommen. Hieraus folgt, daß auch keine Konfliktkommission irgendeines anderen Bereichs für die Entscheidung des vorliegenden Streitfalls zuständig werden konnte. Aus diesem Grund ist unmittelbar die Zuständigkeit des Kreisgerichts gegeben.

Die Handlungsweise der BGL der Verklagten war daher verantwortungsbewußt. Sie hat dem Kläger zutreffend den richtigen Weg zur Verfolgung seiner Ansprüche gewiesen und damit die Interessen des Werk tätigen vertreten. Das Kreisgericht ist dagegen der sachgerechten Behandlung des Problems ausgewichen. Seine Aufgabe ist es nunmehr, die Berechtigung des vom Kläger geltend gemachten Anspruchs zu prüfen und hierüber eine Entscheidung zu treffen.

Buchumsdiaw

Friedrich Herber:

Alkohol — Prozepte — Promille — Probleme

VEB Verlag Volk und, Gesundheit, Berlin 1971;
208 Seiten; Preis: 6,80 M.

Das zur Thesaurus-Reihe gehörende Taschenbuch behandelt eine Vielzahl der mit dem Alkoholmißbrauch verbundenen Probleme. Im Einführungsabschnitt gibt der Verfasser zunächst einen geschichtlichen Überblick über Erscheinungsformen des Alkoholmißbrauchs und die verschiedenen, jedoch auf Einzelaktionen begrenzten Methoden zu dessen Verhütung von der Antike bis zur bürgerlichen Gesellschaft. Damit soll bei den Lesern das Verständnis dafür gewonnen werden, daß „wirklichen Schutz gegen die Ausbreitung und die Gefahren des Alkoholismus . . . nur eine Gesellschaftsordnung bieten (kann), in der der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung aufgehoben ist, in der es kein privates Streben nach Profit zum Nachteil der Volksgesundheit gibt und in der zugleich das soziale Elend der Massen als eine der Hauptursachen des Alkoholismus beseitigt ist“ (S. 30). Diese Feststellung wird überzeugend am Umfang und an den Folgen des Alkoholismus in den USA, wo es etwa 5 Millionen Alkoholranke gibt, und in anderen kapitalistischen Ländern verdeutlicht. Dabei wird auch der ökonomische und politische Einfluß der Alkoholindustrie unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Manipulierung von Trinkgewohnheiten zutreffend dargestellt. So zeigt der Verfasser z. B., wie die Alkoholindustrie der BRD ihre ökonomische Macht auch dazu

auszunutzen versuchte, eine Herabsetzung der Grenze der Alkoholkonzentration für Kraftfahrer von 1,5 Promille auf einen geringeren Wert zu verhindern (S. 33).

Anhand der Ausführungen zum Verhalten des Alkohols im Körper (Resorption, Verteilung, Elimination, Blutalkoholkurve) und zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration (S. 64 ff. und S. 76 ff.) kann auch der in der Rechtspflege tätige Jurist die für seine Arbeit notwendigen Kenntnisse erweitern und ist dadurch besser in der Lage, Fragen an Gutachter konkret zu stellen sowie Darlegungen in Gutachten besser zu verstehen. In dieser Beziehung vermitteln auch die Ausführungen zu den Alkoholwirkungen, insbesondere zu den alkoholbedingten Persönlichkeitsveränderungen, aufschlußreiche Erkenntnisse (S. 86 ff.). Der Wegfall von Hemmungen und die dadurch bedingte erhöhte „Risikobereitschaft“ ist eine Erscheinung, mit der die Rechtspflegeorgane bei Straftaten besonders im Bereich des Straßenverkehrs immer wieder konfrontiert werden. Den damit im Zusammenhang stehenden biologischen Prozessen der objektiven Alkoholwirkungen besonders auf das Nervensystem widmet der Verfasser große Aufmerksamkeit. Er schildert anschaulich die Alkoholwirkung auf den menschlichen Organismus und die sich daraus ergebenden Verhaltensweisen in den verschiedenen Sphären des täglichen Lebens.

Ausführlich erläutert werden die Begriffe „Alkoholmißbrauch“ und „Alkoholismus“. Dem Verfasser ist zuzustimmen, daß unter „Alkoholmißbrauch“ der gelegentliche oder gehäufte übermäßige Genuß alkoholischer Getränke, jeglicher Alkoholgenuß unmittelbar